

**Antrag**

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion  
 vom 24.01.2006  
 eingegangen 24.01.2006

**21. Sitzung des Gemeinderates am 21.02.2006****TOP 23**

Vorlage Nr. 583

Öffentlich  Nichtöffentlich 

verantwortlich Dez. 1

**Masterplan 2015**

Stellungnahme des Bürgermeisteramtes - Kurzfassung -

Im Prozess Karlsruhe Masterplan 2015 ist es Ziel, von den Bürgerinnen und Bürgern zu erfahren, wie sie in ihrer Stadt zukünftig leben möchten, was ihnen dabei wichtig und was ihnen weniger wichtig ist. Karlsruhe soll auch in Zukunft eine Stadt sein, in der es sich lohnt, zu wohnen, zu arbeiten und zu investieren. Damit hat auch der Prozess in Karlsruhe eine deutliche Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Bürger und Bürgerinnen.

In allen Phasen des Prozesses ist mit Passantenbefragung, Schlüsselinterviews, Workshops, Internetbeteiligung, Ämterinnovationszirkel und Zukunftskonferenz eine umfassende Beteiligung für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger am Prozess ermöglicht worden.

Die Inhalte der Handlungsfelder sowie die Handlungsfelder selbst sind vom Innovationsteam ausschließlich aus den Ideen und Ergebnissen der Beteiligungen formuliert worden.

Der Ablauf des Prozesses wurde in Karlsruhe zeitlich gestrafft. Gerade auch Rückmeldungen aus der Zukunftskonferenz in Ludwigsburg und anderen Städten (z.B. Leipzig) über die lange Dauer von Tagungen und Arbeitsgruppen sowie das Verfahren insgesamt, waren dafür ausschlaggebend.

Die Bürgerinnen und Bürger haben zum Abschluss der Zukunftskonferenz Ihre Erwartung geäußert, dass der Prozess zügig fortgeführt wird und Ergebnisse zeitnah zur Zukunftskonferenz vorgelegt werden.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, den Prozess in dem im September 2005 vorgegebenen Zeitrahmen mit Ziel Beschlussfassung Mai 2006 fortzusetzen.

Finanzielle Auswirkungen      nein       ja 

Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)

Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)    nein     ja     durchgeführt am Abstimmung mit städtischen Gesellschaften    nein     ja     abgestimmt mit 

Formatänderungen der Wordvorlage sind nicht zulässig!

Mit dem Prozess „Karlsruhe Masterplan 2015“ möchte die Stadt gemeinsam mit der Bürgerschaft Chancen für ein auch in Zukunft liebens- und lebenswertes Karlsruhe aufzeigen. Chancen vor allem auch im Hinblick auf die demografische Entwicklung, den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wandel sowie die allgemeine Veränderung gesellschaftlicher Werte. Dafür ist es wichtig, von den Bürgerinnen und Bürgern zu erfahren, wie sie in ihrer Stadt zukünftig leben möchten, was ihnen dabei wichtig und was ihnen weniger wichtig ist.

Denn Karlsruhe soll auch in Zukunft eine Stadt sein, in der es sich lohnt, zu wohnen, zu arbeiten und zu investieren.

Damit hat auch der Prozess in Karlsruhe eine deutliche Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Bürger und Bürgerinnen.

Die Stadt Karlsruhe verkennt aber auch ebenso wie Ludwigsburg nicht, dass es für eine Stadt und ihre Bürger wichtig ist, wettbewerbsfähig zu sein und zu bleiben. Dafür ist es jedoch unverzichtbar, auf die Qualitäten der Stadt aufmerksam zu machen.

Im Prozess „Karlsruhe Masterplan 2015“ ist allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit der Beteiligung gegeben. Folgende Möglichkeiten wurden dafür in den einzelnen Phasen eröffnet:

a) Analysephase: repräsentative Passantenbefragung in der Innenstadt  
Internetabfrage (mehrfacher Aufruf in der Presse veröffentlicht)  
Durchführung von Schlüsselinterviews  
ämterübergreifende Workshops

b) Strategieentwicklungsphase: Zukunftskonferenz mit

- repräsentativ ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern (Einladung an 5000 Personen Auswahlkriterium Alter, Geschlecht und Wohnort)
- eingeladenen Vertretern gesellschaftlicher Gruppierungen

Internetbeteiligung mit zentraler Fragestellung parallel zur Zukunftskonferenz (Aufruf in der Presse)  
Ämterinnovationszirkel

Zusätzlich in beiden Phasen: Auswertung formlos auf dem Postweg eingegangener Vorschläge.

Eine Passantenbefragung ist eine kostengünstige und zeitlich effektive Methode, einen ersten Überblick über die Einschätzungen der Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen. Die Stichprobe umfasste 1000 Befragte, darunter 600 Befragte, die ein repräsentatives verkleinertes Abbild der Karlsruher nach Alter und Geschlecht darstellt, die regelmäßig die Innenstadt aufsuchen. Die Befragungsorte waren auf mehrere Stellen in der Innenstadt gleichmäßig verteilt. Befragt wurde eine Woche lang jeweils über den gesamten Tagesablauf. Laut Bürgerumfrage 2002 besuchen 67 % der Karlsruherinnen und Karlsruher mindestens einmal pro Woche die Innenstadt, so dass die Grundgesamtheit zwei Drittel der Gesamtbevölkerung abdeckt. Weitere 400 Interviews wurden mit Innenstadtbesuchern aus der Region geführt, ebenfalls geschichtet nach Alter und Geschlecht. Das Verhältnis 60:40 entspricht der durchschnittlichen Besucherzusammensetzung (Karlsruher: Regionsbürger) der Innen-

stadt. Außerdem erreichten die Interviewer über die 1.000 Interviews mit Karlsruher und Regionsbürgern hinaus auch zufällig rund 80 Befragte aus ganz anderen Regionen. Diese sind je nach Frage noch als Zusatzinformation aufgeführt. Sie sind in den 1.000 dargestellten Befragten nicht enthalten.

Die Auswertung erfolgte nach einer einheitlichen Systematik: Je nach Fragestellung differenziert nach Befragten aus Karlsruhe, Befragte aus der Region, Befragte aus anderen Regionen oder insgesamt.

Die Internet- und Expertenbefragungen können nicht repräsentativ sein. Bei Internetbefragungen gelingt dies erst bei sehr großen Probandenzahlen. Es ist allerdings die Frage zu stellen, ob auf dem Feld der **Ideenfindung** Repräsentativität überhaupt ein sinnvolles Oberziel sein kann. Die Mitwirkungsmöglichkeiten standen per Internet jedermann offen. Gemeldet haben sich diejenigen, die etwas zu sagen hatten, bzw. die mitwirken wollten. Da eine mögliche Mitwirkung auch über die herkömmlichen Medien propagiert wurde, war letztlich niemand davon ausgeschlossen, an der Ideensammlung zum Masterplan teilzunehmen.

Die Arbeitsergebnisse aus den ämterübergreifenden Workshops standen dem Innovationsteam in seinen Sitzungen zur Verfügung. Die Protokolle der Workshops sind zudem für alle Beschäftigten der Stadt Karlsruhe im Intranet einsehbar.

Die Inhalte der Handlungsfelder sowie die Handlungsfelder selbst sind vom Innovationsteam ausschließlich aus den Ideen und Ergebnissen der Beteiligungen formuliert worden. Dazu gehören auch alle beispielhaft genannten möglichen Zukunftsaufgaben. Sie sind ebenfalls Ergebnis der durchgeführten ersten Beteiligung.

Der Ablauf des Prozesses wurde in Karlsruhe zeitlich gestrafft. Rückmeldungen und Erfahrungen anderer Städte (z.B. Leipzig) über die lange Dauer von Tagungen und Arbeitsgruppen sowie das Verfahren insgesamt, waren ausschlaggebend für die vorgenommene Straffung des Ablaufs in Karlsruhe.

Es liegen zu jedem Handlungsfeld eine Vielzahl an Vorschlägen und Ideen vor, die gegenwärtig zusammengestellt und durch das Innovationsteam auf ihre Umsetzungsmöglichkeiten geprüft werden. Diese dem Gemeinderat zur Vorbereitung auf die Gemeinderatsklausur im April 2006 ebenfalls zur Verfügung gestellt werden. Das Innovationsteam erstellt aus den Ergebnissen vorab einen Entwurf für den Masterplan. Die endgültige Entscheidung darüber trifft der Gemeinderat unter Zugrundelegung der vollständigen Unterlagen aus den Beteiligungsmöglichkeiten der zweiten Phase ergänzt um Projektideen aus der ersten Beteiligungsphase.

Gerade im Hinblick auf die Erfahrungen aus dem Prozess City 2015 ist es dringend geboten, für alle diejenigen, die sich in den Beteiligungen engagiert haben, Ergebnisse zeitnah sichtbar werden zu lassen. Dies war eine eindeutige Forderung der Bürgerinnen und Bürger zum Abschluss der Zukunftskonferenz. Die Verlängerung des Verfahrens würde bei den bisher beteiligten Personen nach Einschätzung der Verwaltung eine große demotivierende Wirkung haben.

In der anschließenden Umsetzung des dynamisch gestalteten Masterplans sind bei Fragen zur konkreten Ausgestaltung der jeweiligen Projekte erneut Bürgerbeteiligungen in Form von offenen Zukunftswerkstätten und Internetumfragen vorgesehen.

Deshalb schlägt die Verwaltung vor, den Prozess in dem im September 2005 vorgegebenen Zeitrahmen mit Ziel Beschlussfassung Mai 2006 fortzuführen.